

SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

Herrn
Manfred Schmidlein
Köglweg 115
82024 Taufkirchen

Klaus Voß
Abteilung Kommunikation
Leiter Dialogkommunikation

Fon: 030 - 25991-500
Fax: 030 - 25991-375
parteivorstand@spd.de

Ihr Schreiben an den SPD Parteivorstand

21.02.2025/as

Sehr geehrter Herr Schmidlein.

vielen Dank für Ihr Schreiben an den SPD-Parteivorstand. Sicherlich haben Sie Verständnis dafür, dass die SPD-Parteivorsitzende, Saskia Esken, nicht alle an sie gerichteten Zuschriften persönlich beantworten kann. Sie hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Wir haben viele Elemente, die Sie fordern, in unserem Programm:

Wir wollen mehr und langfristig alle Erwerbstätigen in die Solidarität der gesetzlichen Rentenversicherung einbeziehen. Wir wollen zunächst alle Selbstständigen absichern, die oft ein hohes Schutzbedürfnis haben. Dabei kommt es auf gute Lösungen an, die auch bei zunehmenden Wechseln der Beschäftigungsform eine grundlegende Altersabsicherung und eine Versicherung gegen das Risiko der Erwerbsminderung bieten.

Kurzfristig ist dieses Ziel bei Beamten z.B. nicht zu erreichen, da wesentliche Elemente der Beamtenversorgung durch Artikel 33 des Grundgesetzes geschützt sind und Übergangszeiträume zu beachten wären. Außerdem kann der Bund seit der Föderalismusreform nur noch die Versorgung der Bundesbeamtinnen und -beamten (und Berufssoldatinnen und -soldaten) regeln. Für die weitaus größere Zahl der Landesbeamtinnen und -beamten liegt die Gesetzgebungszuständigkeit seitdem beim jeweiligen Land. Politische Mehrheiten im Bund und in den Ländern für dieses Vorhaben sind aber nicht absehbar.

Die Beitragsbemessungsgrenze wirkt nicht nur als Beitragsgrenze, sondern begrenzt auch die Renten der Höhe nach. Entsprechend dem Versicherungsprinzip entstehen Leistungsansprüche nur bis zur Höhe der geleisteten Beiträge. Die Beitragsbemessungsgrenze ist aber nicht fix. Sie wird jährlich entsprechend der

SPD-Parteivorstand
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Fon 030 25991-500
Fax 030 25991-410
parteivorstand@spd.de
www.spd.de

Berliner Sparkasse
IBAN: DE77 1005 0000 0190 5555 56
BIC: BELADEBEXX



/SPD



spdde



spdde

SPD.DE

Entwicklung der Bruttolöhne- und -gehälter je Arbeitnehmer*in fortgeschrieben. So betrug die Beitragsbemessungsgrenze der allgemeinen Rentenversicherung beispielsweise im Jahr 2003 noch 61.200 Euro, 2013 bereits 69.600 Euro und 2023 schon 87.600 Euro.

Die Begrenzung des versicherbaren Verdienstes durch die Beitragsbemessungsgrenze betont den Charakter der gesetzlichen Rentenversicherung als nur eine Form der Alterssicherung. Alle darüber hinaus gehenden Verdienste können grundsätzlich in der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge versichert werden.

In der gesetzlichen Rentenversicherung gilt das Prinzip, dass aus höheren Beiträgen auch höhere Rentenanwartschaften resultieren. Die vorgeschlagene Begrenzung der Anwartschaften bzw. Auszahlungen hätte zur Folge, dass die Beiträge oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze faktisch wie eine Steuer wirken würden. Es ließe sich nicht begründen, warum eine solche Steuer nur auf Arbeitsentgelte und nicht z.B. auch auf Kapitalerträge erhoben würde.

Hinzuweisen ist zudem auf einen Aspekt, der bei der Diskussion nicht übersehen werden sollte: Zwar spricht insbesondere unter Gleichbehandlungsgesichtspunkten einiges für eine Einbeziehung der Beamt*innen, Abgeordneten und Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung. Die für alle Alterssicherungssysteme gleichermaßen bestehende demografische Entwicklung, dass es künftig immer weniger Beitragszahler und immer mehr, zudem immer älter werdende Leistungsbezieher*innen geben wird, lässt sich mit einer solchen Änderung allerdings nicht aufhalten.

In der SPD befürworten wir eine Diskussion über eine deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Die SPD befürwortet die Anhebung auf das Niveau der Rentenversicherung. Die Finanzierung unseres Gesundheitssystems gerechter und solidarischer gestaltet werden muss. In diesem Zusammenhang ist die Einführung der sogenannten Bürgerversicherung mit Nachdruck zu befürworten.

Heftigen Widerstand bei einer Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen ist von den Arbeitgebern zu erwarten, die hohe Zusatzausgaben der Arbeitskosten erwarten.

Die Rentenversicherung erbringt nur Leistungen, die zu ihrem gesetzlich geregelten Leistungskatalog gehören. Es werden keine finanziellen Mittel der Rentenversicherung zweckentfremdet.

Im Jahr 2004 wurde auf Anfrage des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages der „Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der nicht beitragsgedeckten Leistungen und der Bundesleistungen an die Rentenversicherung“ vorgelegt (Drucksache 1799 des Haushaltsausschusses aus der 15. Legislaturperiode). Zentrale Aussage des Berichts: Es kann davon ausgegangen werden, dass durch die Bundesmittel, die neben den von Ihnen genannten Beitragsmitteln in die Rentenversicherung fließen, die versicherungsfremden Leistungen in etwa abgedeckt sein dürften. Diese Aussage hat weiterhin Bestand.

Sicherlich kann man unterschiedlicher Auffassung sein, ob sich durch neue gesetzliche Maßnahmen der Umfang der nicht beitragsgedeckten Leistungen verändert hat und diese ausreichend finanziert sind. Andererseits ist der Umfang nicht beitragsgedeckter Leistungen in den vergangenen Jahren erheblich zurückgegangen, sei es durch gesetzliche Änderungen oder durch Zeitablauf (z. B. Rückgang der Kriegsfolgelasten). Der Umfang der nicht beitragsgedeckten Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung ist daher immer auch Ergebnis einer gesetzgeberischen Entscheidung darüber, wie umfangreich das Ziel des sozialen Ausgleichs definiert wird. Unterschiedliche Auffassungen über die Frage, was unter den sozialen Ausgleich fällt und was als „versicherungsfremd“ angesehen wird, wird es immer geben.

Ihre Tabelle sagt, was die AfD angeblich alles plant. Aber sie ist der Feind der Arbeitnehmenden! Die Politik der selbsternannten "Alternative" weist bei fast allen diesen Punkten Leerstellen auf. Ob Lohnsteigerungen, Tarifbindung, soziale Sicherheit oder Arbeitnehmer*innenrechte – die AfD bietet keine Lösungen an. Im Gegenteil, sie vertritt in arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Belangen eine neoliberale Politik. Die Folge: Weniger Fairness auf dem Arbeitsmarkt und weniger soziale Absicherung für Beschäftigte.

Von Beginn an war die AfD eine Partei des gutsituierten Bürgertums. Daher kommt ihre reaktionäre Haltung zu sozialen Fragen. Als "Professorenpartei" gegründet, wollte sie zunächst vor allem den neoliberalen Wirtschaftskurs Deutschlands in der Eurokrise stützen. Diese neoliberalen Ursprünge und Ansätze zeigen sich weiterhin in der Politik der AfD.

Sie stimmt im Bundestag gegen Mindestlohn, Tarifbindung, Gewerkschaften, Mietendeckel, will aber Reiche beim Steuersystem entlasten.

In der Rentenfrage vertritt die Partei immer noch Positionen, nach denen nur neugeborene Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit von einem "Altersvorsorge-Fondssparplan" profitieren sollen. Zudem will sie die private und kapitalgedeckte Säule der Rente ausbauen und so die gesetzliche Rente schwächen. Im Programm zur Bundestagswahl stellt sich die Partei vor allem als Verteidigerin der gesetzlichen Rente dar.

Ihre wichtigsten Punkte sind:

- abschlagsfreie Rente nach 45 beitragspflichtigen Arbeitsjahren (und erst dann, nicht vorher!), flexibles Renteneintrittsalter, Einbeziehung von Staatsbediensteten (durch weniger Verbeamtungen) und Politiker*innen in die gesetzliche Rentenversicherung, eine Kinderprämie in Form von 20.000 € Beitragserstattung pro Kind, ein steuerfinanziertes "Junior-Spardepot" mit 100 Euro pro Monat für jedes Kind mit deutscher Staatsangehörigkeit

Weil die AfD alles zusammenschreibt, was sich gut anhört oder beliebt ist, ergeben sich unmittelbare Mehrausgaben beziehungsweise Finanzierungsbedarfe bei der Rente von über 100 Milliarden Euro im Jahr. Ihr im Wahlprogramm verkündetes "fernes Ziel", das durchschnittliche Rentenniveau auf 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens zu

erhöhen, entspricht nach gängigen Berechnungsmethoden einem Rentenniveau von circa 53 Prozent.

Zur Finanzierung sagt die AfD kein Wort. Im Gegenteil: Ihre finanzpolitischen Vorschläge würden zu Mindereinnahmen des Staates von mehr als 100 Milliarden Euro führen. So bleiben die Rentenversprechen leere Versprechen. Diese sieht auch eine Studie des ZEW genau so, das die Wahlprogramme analysiert hat. Sie finden das Gutachten online.

Am 23. Februar findet die vorgezogene Bundestagswahl statt. Es geht um viel bei dieser Wahl. Wir leben in schwierigen Zeiten: Es herrscht Krieg mitten in Europa, unsere Unternehmen stehen in einem verschärften internationalen Wettbewerb, der Zusammenhalt im Land steht auf der Probe.

In dieser besonderen Zeit machen wir mit unserem SPD-Regierungsprogramm deutlich, wofür wir als Partei und Olaf Scholz als Kanzler stehen:
Mehr für Dich. Besser für Deutschland.

Wir wollen in unserem Land ein Gesundheitssystem, in dem alle den gleichen Zugang zu gleicher Qualität haben und das keinen finanziell überfordert. Die Unterschiede bei Wartezeiten und Behandlungsmöglichkeiten zwischen privat und gesetzlich Versicherten müssen dringend beseitigt werden. Deshalb streben wir Reformen an, die Effizienz und Qualität verbessern. Leistungsverschlechterungen für die Patientinnen und Patienten lehnen wir ab.

Der Finanzausgleich zwischen den Krankenkassen soll gerechter ausgestaltet werden, und auch die privaten Versicherungen sollen zum Risikostrukturausgleich beitragen. Ein solidarisches Finanzierungssystem schafft Vertrauen und nimmt den Bürgerinnen und Bürgern die Sorge vor finanziellen Belastungen. Deshalb stärken wir das beitragsfinanzierte Umlagesystem. Krankenkassen und private Krankenversicherungen bilden so ein System einer solidarischen Bürgerversicherung aus, an dem alle beteiligt sind und mit dem für alle die medizinische und pflegerische Versorgung sowie den Zugang zu dieser Versorgung gleichermaßen sichergestellt ist.

Die Beiträge der Versicherten sollen sich noch stärker als jetzt an ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientieren. Unser Ziel ist zudem ein einheitliches und einfaches Vergütungssystem, das zugleich die Vorhaltekosten der Leistungserbringer absichert. Versicherungsfremde Aufgaben im Gesundheitswesen wollen wir zukünftig ausreichend aus Steuermitteln finanzieren. So bleiben die Beiträge für Versicherte sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber stabil, und die Ungleichheiten zwischen verschiedenen Versichertengruppen werden beendet. Wir wollen, dass alle Hilfe und Termine bekommen und schnell und gut in jeder Lebenslage versorgt werden.

Jeder und jede sollen in Deutschland auf eine erreichbare und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung vertrauen können. Dafür setzen wir den eingeschlagenen Weg

zur Stärkung der Versorgungssicherheit fort. Wir haben eine längst überfällige Reform zur Verbesserung der Versorgungsqualität in unseren Krankenhäusern durchgesetzt und Maßnahmen für eine bessere ambulante Versorgung vorbereitet. Diese möchten wir künftig ebenfalls umsetzen.

Schnelle Hilfe im Notfall sowie der verlässliche Zugang zur notwendigen Behandlung müssen für alle garantiert sein. Um Wartezeiten zu verringern, werden wir eine Termingarantie der Krankenkassen und Kassenärztlichen Vereinigungen einführen. Gesetzlich Versicherte sollen genauso schnell wie Privatversicherte einen Termin erhalten. Bei Nichteinhaltung der Termingarantie sollen sie einen Anspruch auf Beitragsreduzierungen haben.

Als SPD sind wir fest davon überzeugt: Soll es Deutschland besser gehen, dann muss es jedem Einzelnen im Land besser gehen. Das ist das Ziel unserer Politik. Das treibt uns jeden Tag an. Und dafür werden wir bei dieser Bundestagswahl kämpfen. Deshalb kämpfen wir für mehr Netto für 95 % und weniger Steuern auf Lebensmittel. Stabile Renten. Ein Mindestlohn von 15 €. Eine Verlängerung der Mietpreisbremse. Günstigerer Strom. Und mehr Investitionen in Deutschland durch einen „Made in Germany“-Bonus. Das ist Politik für Dich. So schützen wir die Mitte.

Klar zu sagen, was ist - für Olaf Scholz und die SPD gibt es dazu keine Alternative. Die Bürgerinnen und Bürger haben diese Klarheit, insbesondere in Zeiten des Wahlkampfes, verdient. Leider nehmen es der Oppositionsführer und seine Merz-CDU hier nicht ganz so genau. Bis heute konnte Merz die Bevölkerung nicht darüber aufklären, wie er vor hat die fehlenden 100 Mrd. € aufzutreiben, die bei der Umsetzung seines Programmes im Haushalt fehlen würden. Auch der Zick-Zack-Kurs von Friedrich Merz hinsichtlich Taurus, lässt an der Verlässlichkeit zweifeln. Und auch unser Faktencheck zum TV-Duell zeigt: Merz Behauptungen entsprechen nicht immer der Wirklichkeit.

Selten in den vergangenen Jahrzehnten waren klare Haltung, Charakter und Erfahrung so entscheidend. Selten kam es so sehr darauf an, dass Respekt für alle herrscht. Respekt für jede und jeden Einzelnen – egal, wie viel sie verdienen, woran sie glauben oder woher sie kommen. Investitionen in unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze, in unseren Zusammenhalt und in unsere Sicherheit – da darf es jetzt kein Entweder-oder geben! Das alles ist dringend nötig, das alles gehört zusammen! Dafür stehen wir.

Jetzt gilt es: Die SPD und Olaf Scholz zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen aus dem Willy-Brandt-Haus



Klaus Voß